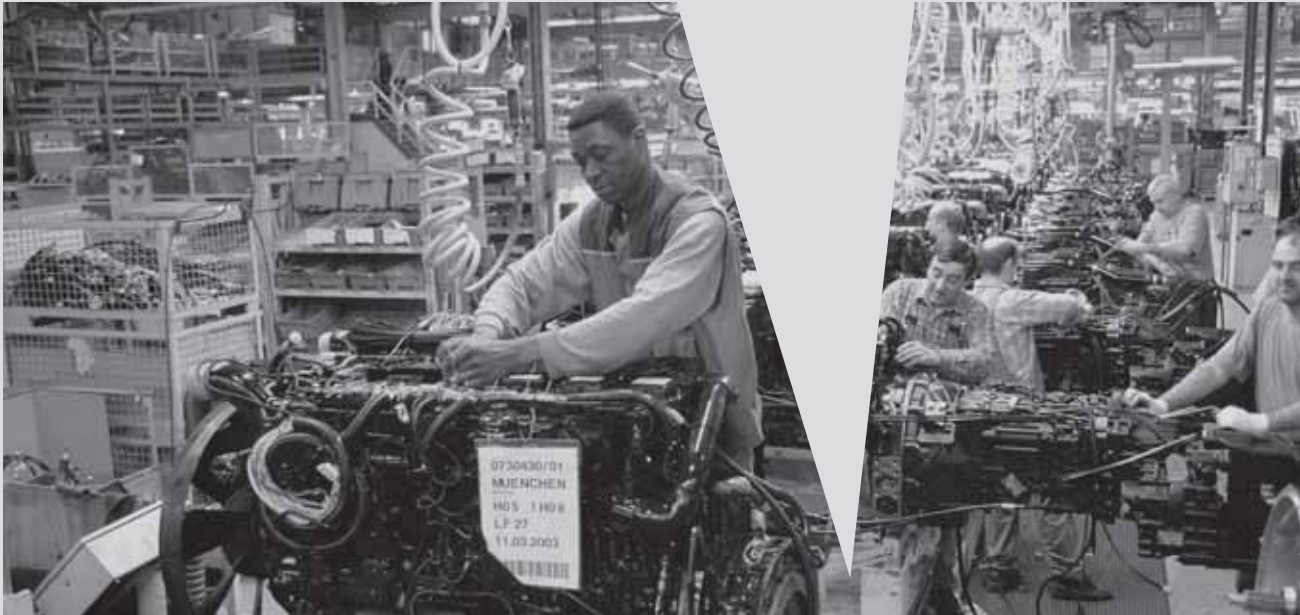




| Vorstand



# IGM igration

RESSORT MIGRATION

## Prekäre Beschäftigung und Migration

- Kommentar: Dr. Klaus Dörre
- „Zukunft braucht Gerechtigkeit“  
21. Ordentlicher Gewerkschaftstag 2007
- Zeitarbeit – (K)ein Weg zur Integration?!



Merhaba  
 Hello Buon giorno καλημερα  
 Buenos días jásan Bonjour  
**Guten Tag**  
 Bom dia Dobar dan Здравствуйте!

### Willkommen zur neuesten Ausgabe von **IGMigration!**

Bald endet das Europäische „Jahr der Chancengleichheit 2007“ und beginnt das „Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008“. Unabhängig von solchen europäischen Initiativen sind Themen um Migration und Integration in unserer IG Metall seit Jahrzehnten von großer Bedeutung. Solche europäische Jahreswidmungen sind dennoch wichtig: Sie geben Anlass, sich auf Themen zu konzentrieren, die von öffentlichem Interesse sind und daher möglichst von vielen Akteuren gemeinsam angegangen werden sollen und können.

Auf unserem 21. Gewerkschaftstag in Leipzig hat sich gezeigt, das Migrantinnen und Migranten gut in der IG Metall integriert sind. Es gilt weiterhin, auch ihre Repräsentation in unserer Organisation zu erhöhen. Es wurden die notwendigen Weichen für eine zukunftsorientierte Integrations- und Migrationspolitik gestellt. Wir möchten in der vorliegenden Ausgabe die Beschlüsse zum Thema Migration vorstellen.

Ein Thema beschäftigt die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter besonders stark: die zunehmende Prekarisierung. Menschen mit Migrationshintergrund sind von prekärer Beschäftigung besonders betroffen. Sie trifft nicht nur beispielsweise Werksvertragsarbeitnehmende oder Saisonarbeitnehmende, die nur für kurze Zeit nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten. Sie trifft ebenso die Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, die seit Jahren hier leben und arbeiten.

Unsere Aufgabe ist es, Prekarisierung mit wirksamen Konzepten entgegen zu treten und allen Kollegen und Kolleginnen eine langfristige und beständige Integration in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Dies klappt am besten, wenn wir sie als Mitglieder in die IG Metall gewinnen können. Die auf dem Gewerkschaftstag gefassten Beschlüsse geben dazu einen Rahmen. Wir meinen, dass es ohne Chancengleichheit für alle keine Zukunft geben kann. Hier sind wir alle gefragt. Schon das Motto unseres Gewerkschaftstages gibt die Zielrichtung für unsere tägliche Arbeit: Zukunft braucht Gerechtigkeit.

Wolfgang Rhode  
 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

## impresum

Herausgeber: Wolfgang Rhode, IG Metall Vorstand, Frankfurt a. M. / Verantwortlich: Nafiz Özbek, IG Metall Vorstand, Ressort Migration  
 Redaktion: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung, Düsseldorf / Konzept und Gestaltung: kus-design, Mannheim; Maria Peitz, IG Metall Vorstand, Druck: alpha print medien AG, Darmstadt  
 IG Metall Vorstand, Ressort Migration, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2524, E-Mail: igm-migration@igmetall.de  
 Titelfoto: Werner Bachmeier, Ebersberg



## news-ticker

## inhalt

- 4 **PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG UND MIGRATION**
- 7 **KOMMENTAR: DR. KLAUS DÖRRE**
- 8 **DEIN RECHT**
- 9 **ZUKUNFT BRAUCHT GERECHTIGKEIT  
21. ORDENTLICHER GEWERKSCHAFTSTAG**
- 12 **ZEITARBEIT – (K)EIN WEG ZUR INTEGRATION?!**  
**INTERVIEW MIT KLAUS DEPNER**
- 14 **MARKTPLATZ**
- 16 **ZU GUTER LETZT**



**++ DEUTSCHLAND NUR MITTELMASS BEI AUSLÄNDERPOLITIK ++** IM VERGLEICH ZU ANDEREN EUROPÄISCHEN LÄNDERN SCHNEIDET DEUTSCHLAND NUR MITTELMÄSSIG BEI DER AUSLÄNDERPOLITIK AB, SO DAS ERGEBNIS EINER STUDIE DER MIGRATION POLICY GROUP (MPG) UND DES BRITISH COUNCIL. DAS DEUTSCHE WAHL- UND ARBEITSRECHT BENACHTEILIGE AUSLÄNDER AUS DRITTLÄNDERN, HEISST ES IN DER STUDIE. DAGEGEN WURDE SCHWEDENS AUSLÄNDERPOLITIK ALS VORBILDICH IN EUROPA HERVORGEHOSEN. DIE STUDIE VERGLEICHT DIE RECHTLAGE IN 25 EU-STAATEN SOWIE DER SCHWEIZ, NORWEGEN UND KANADA. DEUTSCHLAND HABE BEI DER VERGABE DER STAATSBÜRGERSCHAFT ZWAR FORTSCHRITTE GEMACHT, SAGTE MPG-DIREKTOR NIESSEN, SCHNITT IN DIESEM FELD JEDOCH WEITERHIN UNTERDURCHSCHNITTLICH AB. NUR IN ÖSTERREICH UND DÄNEMARK SEIEN DIE BEDINGUNGEN NOCH STRENGER.

**++ FRANKREICH - NEUES MUSEUM ZUR EINWANDERUNG ++** WÄHREND IN DEUTSCHLAND ÜBER DIE EINRICHTUNG EINES MUSEUMS ZUR EINWANDERUNG NOCH IMMER DISKUTIERT WIRD, WURDEN IN FRANKREICH BEREITS FAKTEN GESCHAFFEN: DORT KANN IM NEU ERÖFFNETEN MUSEUM DIE EINWANDERUNGSGESCHICHTE BETRACHTET WERDEN. ZIEL DES MUSEUMS IST ES, EINE NEUE PERSPEKTIVE AUF DIE AKTUELLE MIGRATIONSDEBATTE ZU ERÖFFNEN. SO SEI DAS MUSEUM EINEM BERICHT DER TAGESZEITUNG LE MONDE ZUFOLGE SORGSAM DARAUf BEDACHT, DIE „DEBATTE ZU ENTSCHÄRFEN, OHNE DIE AUGEN ZU VERSCHLIESSEN ODER EINEN SCHLUSSTRICH DARUNTER ZU ZIEHEN“. **++ FRANZÖSISCHE GEWERKSCHAFTER GEGEN ABSCHIEBUNG ++** FRANZÖSISCHE GEWERKSCHAFTEN HABEN SICH BEI DER AIR FRANCE ERSTMALS GEGEN DIE ABSCHIEBUNG VON AUSLÄNDERN UND AUSLÄNDERINNEN AUSGESPROCHEN. KRITIK WIRD VOR ALLEM DARAN GEÜBT, DASS AUSLÄNDER IMMER HÄUFIGER GEFESSELT UND GEKNIBELT IN DIE MASCHINEN GEBRACHT WÜRDEN, NACHDEM DIE REGIERUNG ES SICH ZUM ZIEL GESETZT HABE, DIE ZAHL DER ABSCHIEBUNGEN AUF 25.000 PRO JAHR ZU ERHÖHEN. „DAS TRIFFT MICH AUS MORALISCHER SICHT JEDES MAL“, SAGTE DER STEWARD STÉPHANE UNZUE VON DER GEWERKSCHAFT CGT. „WAS SOLL MAN DENKEN, WENN DIE BETROFFENEN VERSICHERN, DASS SIE DIREKT IN DEN TOD GEFLOGEN WERDEN. DAFÜR SIND WIR NICHT ANGESTELLT WORDEN.“

# Prekäre Beschäftigung und Migration



*Von prekärer Beschäftigung sind inzwischen weite Teile des Wirtschaftslebens in Deutschland betroffen. Immer mehr Menschen mit und ohne Migrationshintergrund werden als Leiharbeiter, befristet oder geringfügig beschäftigt. Doch wie wirkt sich die prekäre Beschäftigung auf die Integration der Migrantinnen und Migranten aus? IGMigration ist dieser Frage nachgegangen.*

Unter prekärer Beschäftigung versteht man die seit den 1980er Jahren wachsende Zahl „untypischer“, weitgehend ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse in der Arbeitswelt. Dazu gehören u.a. befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglohnjobs und Leiharbeit. Gemeinsam ist diesen Beschäftigungsformen, dass sie durch unzureichende Berücksichtigung rechtlicher und tariflicher Regelungen gekennzeichnet sind. Unter diesen Bedingungen arbeiten überproportional viele Migrantinnen und Migranten. Sie sind von prekärer Beschäftigung besonders betroffen, vor allem, wenn sie über einen unsicheren Auf-

enthaltstatus, niedrige oder keine Qualifikation verfügen oder als Drittstaatler einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit waren in Deutschland im ersten Halbjahr 2006 insgesamt 598.284 Personen als Leiharbeitnehmende beschäftigt, darunter 82.964 Migrantinnen und Migranten. So hatten annähernd 14 Prozent der Leiharbeitnehmende einen Migrationshintergrund. Es kann dabei davon ausgegangen werden, dass die Anzahl der Leiharbeitnehmenden mit Migrationshintergrund ebenfalls gestiegen ist. Dies bestätigt die Bestandsaufnahme der Arbeit-

nehmenden mit Migrationshintergrund, die das Ressort Migration beim IG Metall Vorstand mit ausgewählten IG Metall Verwaltungsstellen und Betrieben derzeit durchführt. „Schon die Zwischenergebnisse der Bestandsaufnahme zeigen, dass eine große Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund seitdem noch als Leiharbeitnehmende beschäftigt sind“, berichtet Petra Wlecklik vom Ressort Migration beim IG Metall Vorstand. Allgemein gesehen haben Ausländer in solchen Berufen eine Chance, die für Deutsche wegen ungünstigen Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen, geringeren Verdiensten und Auf-



titelthema

stiegschancen sowie höherem Arbeitslosigkeitsrisiko unattraktiv sind. Auch deshalb sind Migrantinnen und Migranten von vornherein einem höheren Prekarisierungsrisiko ausgesetzt. Hintergrund dieser Situation ist nicht nur die Arbeitsmarktsituation sondern auch Einschränkungen durch den Aufenthaltsstatus und daraus fol-

sind. Die Quote der Arbeitslosigkeit unter Migrantinnen und Migranten ist doppelt so hoch wie bei anderen Beschäftigtengruppen“, so Özbek. Deshalb müssen viele Migrantinnen und Migranten geringfügige, befristete Nebenjobs annehmen und werden zunehmend in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt. Prekäre Ar-

Beschäftigung ... nicht nur ein Problem, das die so genannte ‚Randbelegschaft‘ im Betrieb anbetrifft, sondern auch die Stammebelegschaft.“ Für sie stellt sich prekäre Beschäftigung als mögliche Bedrohung dar. Sie müssen feststellen, dass ihre Arbeit mit gleicher Qualität auch von Menschen bewältigt wird, die dafür

**Bestand an überlassenen Leiharbeitnehmern nach Regionaldirektionen**

Regionaldirektion	Insgesamt			Männer			Frauen		
	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Nord	29.329	2.803	32.132	22.228	2.053	24.281	7.101	750	7.851
Niedersachsen/Bremen	50.428	6.538	56.966	40.084	4.912	44.996	10.344	1.626	11.970
Nordrhein-Westfalen	109.699	19.926	129.625	83.752	15.979	99.731	25.947	3.947	29.894
Hessen	96.297	15.488	111.785	66.111	11.540	77.651	30.186	3.948	34.134
Rheinland-Pfalz/Saarland	28.958	8.289	37.247	23.275	6.927	30.202	5.683	1.362	7.045
Baden-Württemberg	47.603	11.482	59.085	35.539	8.652	44.191	12.064	2.830	14.894
Bayern	88.156	14.708	102.864	64.882	10.722	75.604	23.274	3.986	27.260
Berlin/Brandenburg	25.120	1.868	26.988	18.131	1.129	19.260	6.989	739	7.728
Sachsen-Anhalt/Thüringen	22.572	1.599	24.171	18.335	1.186	19.521	4.237	413	4.650
Sachsen	17.158	263	17.421	13.739	203	13.942	3.419	60	3.479
<b>Deutschland</b>	<b>515.320</b>	<b>82.964</b>	<b>598.284</b>	<b>386.076</b>	<b>63.303</b>	<b>449.379</b>	<b>129.244</b>	<b>19.661</b>	<b>148.905</b>

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

gende arbeitsrechtliche Beschränkungen. Dennoch „spielen die Arbeitsmarktprobleme in diesem Zusammenhang auch eine große Rolle“, sagt Nafiz Özbek, Leiter des Ressorts Migration beim IG Metall Vorstand. „Der Arbeitsplatzabbau in der Produktion, die Massenarbeitslosigkeit sowie der anhaltende Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland wirken sich ebenfalls negativ auf Menschen mit Migrationshintergrund aus, weil sie überproportional davon betroffen

beit sei oft der einzige Weg in die Erwerbstätigkeit. Neben den allgemeinen Folgen der prekären Beschäftigung wie die Planungsunsicherheit liegt das Armutsrisiko deutlich höher als bei Menschen mit deutscher Herkunft. Wer prekär beschäftigt ist, ist ständig von dauerhafter sozialer Ausgrenzung und Desintegration bedroht. Für Hans-Peter Killguss vom Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“, der ein Projekt zu Menschen mit Migrationshintergrund in prekärer Beschäftigung durchführt, ist „prekäre

Arbeits- und Lebensbedingungen akzeptieren, denen sie selbst nicht zustimmen wollen. Die Existenz prekärer Arbeitsverhältnisse schafft auf dem gesamten Arbeitsmarkt ein Klima von Angst und Unsicherheit und führt in nicht seltenen Fällen zur Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus ist die Leiharbeit „per se desintegrierend, weil sie den Arbeitnehmenden nicht erlaubt, sich in dem Maße in das betriebliche Geschehen einzubringen, wie das bei der Stammebe-



schaft der Fall ist. Wenn Migrantinnen und Migranten stärker von Leiharbeit betroffen sind, wofür es auch einige Hinweise gibt, sind auch weniger in die Arbeitswelt eingebunden. Das hat auch Auswirkungen auf die gesellschaftliche Integration allgemein“, sagt Killguss. Viele Leiharbeitende mit und ohne Migrationshintergrund kennen ihre Rechte nicht. Deshalb informiert die IG Metall NRW in ihrem Ratgeber „Leiharbeit - ein Job wie jeder andere?“ ausführlich über die gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen im Zusammenhang mit dieser Form der Beschäftigung. Zudem beantwortet der Ratgeber, der im Rahmen der IG Metall-Kampagne „Gleiche Arbeit - Gleiches Geld“ entwickelt wurde, 21 wesentliche Fragen rund um Leiharbeit wie die Themen Arbeitsvertrag, Einkommensanspruch und Kündigungsschutz. In Zusammenarbeit mit dem Ressort Migration beim IG Metall Vorstand wird der Ratgeber ins Russische und Türkische übersetzt. „Wir wollen durch diese Maßnahme auch diejenigen Leiharbeitenden erreichen, die über nicht ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen und sich über das komplexe Thema Leiharbeit informieren wollen“, sagt Christian Iwanowski von der IG Metall NRW. Darüber hinaus wird der Ratgeber in die englische Sprache übersetzt, damit die europäischen Gewerkschaften ihre potentiellen Arbeitnehmenden über das Thema Leiharbeit in Deutschland in-

formieren können. Der Ratgeber ist ein exklusives Angebot für Mitglieder der IG Metall. Für unorganisierte Beschäftigte in der Leiharbeit bietet die IG Metall ein Informationsangebot mit der Internetplattform ZOOM (ZeitarbeitnehmerInnen ohne Organisation Machtlos). Diese ist zu erreichen unter: [www.igmetall-zoom.de](http://www.igmetall-zoom.de) Im September 2007 wurde auf der zentralen Geschäftsführerkonferenz der IG Metall eine Reihe von Handlungsansätzen entworfen. Dabei ver-

zentralen Geschäftsführerkonferenz der „Aktionsplan Leiharbeit“ verabschiedet. Dieser sieht einen Zeitplan für die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Leiharbeitnehmenden vor, der verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, eine Handlungshilfe für Betriebsräte in Entleihbetrieben in Form von Mustervereinbarungen, Flugblättern und Aktionsbeispielen, speziell auf die Leiharbeitsbranche zugeschnittenes Mitglieder-Werbeskonzept sowie Bildungsbausteine und

### „Leipziger Signal“

*Auf dem 21. Ordentlichen Gewerkschaftstag war die Debatte zur Leiharbeit lebendig und kämpferisch. „Wir haben das **‘Leipziger Signal’** gesetzt“, so der neugewählte Zweite Vorsitzende der IG Metall Detlef Wetzel in seiner Abschlussrede am 10.11.2007 in Leipzig. „Die Botschaft lautet: **‘Gleiche Arbeit - Gleiches Geld’**, das wollen wir in Hunderten von Betrieben durchsetzen. Und ich bin sicher. Das schaffen wir! Und es wäre doch gelacht, wenn wir nicht in den nächsten 12 Monaten 10.000 Leiharbeitnehmer organisieren.“*

*Die Kampagne beinhaltet u. a. eine offensive Mitgliederwerbung, eine bundesweite Bestandsaufnahme zur Leiharbeit, die Bereitstellung von Materialien und die Qualifizierung für Betriebsräte und Vertrauensleute.*

*Weitere Informationen zur EntschlieÙung 3 findet ihr im Extranet der IG Metall.*

*[http://extranet.igmetall.de/cps/rde/xbcr/SID-oA456501-69FEEFA6/extranet/Beschluss\\_e3\\_0029107.pdf](http://extranet.igmetall.de/cps/rde/xbcr/SID-oA456501-69FEEFA6/extranet/Beschluss_e3_0029107.pdf)*

folgt die IG Metall das Ziel, die Politik zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zugunsten der Leiharbeitnehmenden zu bewegen und die Grundsätze „equal pay“ und „equal treatment“ in den Betrieben durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wurden auch wesentliche Inhalte für die Betriebsvereinbarungen definiert. Darüber hinaus wurde auf der

Schulungen enthält. Hinzu kommen Veranstaltungen zum Thema Leiharbeit in den IG Metall Verwaltungsstellen. Des Weiteren werden die in NRW und Berlin-Brandenburg-Sachsen durchgeführten Projekte zum Thema Leiharbeit bis Juni 2008 ausgewertet.



Foto: IG Metall/Michael Schinke

te Aufenthaltserlaubnis. Gerade im Fall von Migranten resultieren prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen nicht allein aus Arbeitsmarktproblemen, sondern ebenso aus rechtlich-politischen Einschränkungen, die mit dem Aufenthaltsstatus verknüpft sind. Vorrangigen Arbeitsmarktzugang haben Deutsche, Unionsbürger und privilegierte Nichtdeutsche. Das Zuwanderungsgesetz hat hieran nichts Wesentliches geändert. Geduldete, Asylsuchende und Flüchtlinge haben nach wie vor entweder einen

wegen der geringen Bezahlung und schlechter Aufstiegschancen unattraktiv ist. Für die oft geäußerte Vermutung, dass Migranten ohne rechtmäßigen Arbeitsmarktzugang überproportional illegal beschäftigt sind, gibt es hingegen keine verlässlichen Belege. Nach Schätzungen sind nur rund 13 % der illegal Beschäftigten Migranten. Besonders groß ist das Prekarisierungsrisiko, wenn Migrationshintergrund, Sprachbarrieren und Qualifikationsdefizite zusammenfallen.

## Prekarität und Migration

Lange Zeit nur Eingeweihten bekannt, sind Begriffe wie Prekarisierung und Prekariat inzwischen in aller Munde. Was in der aktuellen Debatte häufig übersehen wird: Die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnisse ist kein neues völlig neues Problem. Für viele Menschen mit Migrationshintergrund ist sie gewissermaßen ständiger Begleiter. Grundsätzlich gilt: Migranten sind nicht nur überdurchschnittlich häufig arbeitslos, auch bei den meisten prekären Beschäftigungsformen sind sie überproportional vertreten. Das Problem beginnt schon beim Aufenthaltsstatus, der, mit Ausnahme der EU-Ausländer, überwiegend unsicher ist. 2003 hatten nur etwa 10,5 % eine Aufenthaltserlaubnis; 22,3 % besaßen eine unbefristete und 27,8 % eine befristete

nachrangigen oder keinen Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und sie gelten in den Arbeitsverwaltungen als nicht förderfähig. Hinzu kommt, dass formale Bildungsabschlüsse aus den Herkunftsländern hierzulande nur sehr eingeschränkt anerkannt werden. Mitgebrachte Qualifikationen werden häufig entwertet, was insbesondere jüdische Migranten, Spätaussiedler und Fluchtmigranten betrifft, die über hohe, teilweise akademische Abschlüsse verfügen. Die Nichtanerkennung von Abschlüssen bewirkt hohe Arbeitslosenraten und unterwertige Beschäftigung. Die Möglichkeiten zur Nachqualifizierung bleiben dagegen begrenzt. Aufgrund ihrer unsicheren Status sind Migranten eher bereit, eine prekäre Beschäftigung anzunehmen, die für Deutsche

In der Konsequenz bedeutet das für die Gewerkschaften: Eine Politik der Entprekarisierung muss für, aber auch mit Migranten gemacht werden. Wollen die Gewerkschaften ihre Repräsentanz im prekären Sektor verbessern, kommen sie an einem gezielten „Organizing“ von Migranten nicht vorbei. Dabei wird man nicht allein über die Betriebe, sondern z.B. auch über Stadtteile und Migrantenorganisationen gehen müssen. Und dass ist dringend nötig, denn längst produziert der disziplinierende Druck der Prekarisierung auch unter Stammbeschäftigten „gefügige Arbeitnehmer“, die für Gewerkschaften und Betriebsräte nur schwer ansprechbar sind.

**Dr. Klaus Dörre**

*Professor am Institut für Soziologie  
der Universität Jena*



## Anspruch auf finanzielle Gleichbehandlung

Leiharbeitnehmer haben nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt Anspruch auf die gleiche Bezahlung, die auch reguläre Beschäftigte einer Firma erhalten. Nach dem Urteil muss der Leiharbeitgeber seinen Beschäftigten die Vergütung zahlen, die in dem ausleihenden Unternehmen üblich ist („Equal-Pay-Gebot“). Das sehe das Diskriminierungsverbot des seit Januar 2003 geltenden Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vor, so die Erfurter Richter. Geklagt hatte eine Sekretärin, die seit 1981 bei einer Leiharbeitsfirma beschäftigt ist. Dabei wurde sie regelmäßig in einem großen juristischen Verlag eingesetzt. Eine niedrigere Entlohnung sei nur dann rechtmäßig, wenn im Arbeitsvertrag auf tarifvertragliche Regelungen hingewiesen werde.

Im vorliegenden Fall konnte das Bundesarbeitsgericht den Streit noch nicht endgültig entscheiden, da das Landesarbeitsgericht zu der konkreten Tätigkeit der Klägerin und der exakten Vergleichsvergütung noch ergänzende Feststellungen zu treffen hat.

**Bundesarbeitsgericht Erfurt, AZ 4 AZR 656/06, Urteil vom 19.9.07**

## Deutschkurs nicht absetzbar

In Deutschland lebende Ausländer dürfen die Aufwendungen für

Deutschkurse nicht von der Steuer absetzen. Das gilt auch dann, wenn Deutschkenntnisse die Chancen auf einen Arbeitsplatz erhöhen, so die Deutsche Anwaltsauskunft mit Bezug auf ein Urteil des Bundesfinanzhofes.

Klägerin war eine Thailänderin, die seit ihrer Eheschließung im Jahr 2001 in Deutschland lebt. Im selben Jahr nahm sie an Deutschkursen der Volkshochschulen teil, um sich für einen Ausbildungsplatz zu qualifizieren. Die Kursgebühren machte sie in ihrer Einkommenssteuererklärung als Sonderausgaben geltend, was das Finanzamt nicht berücksichtigte. Zu Recht, wie der Bundesfinanzhof urteilte. Begründung: Die Klägerin ziehe aus der Kursteilnahme einen erheblichen privaten Nutzen.

**Urteil des Bundesfinanzhofes vom 15.3.07, AZ VI R 14/04**

## Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes

Im Sommer dieses Jahres hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Umsetzung von asyl- und aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union“ beschlossen. Damit wird das Zuwanderungsrecht ebenso verschärft wie das Staatsangehörigkeitsrecht. Die Stellungnahme der IG Metall zu den Änderungen im Zuwanderungsgesetz finden sich im Extranet der IG Metall.

Außerdem kann dort das Zuwanderungsgesetz sowohl in deutscher als auch in türkischer Sprache angesehen werden.

[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de) - Extranet

## Flüchtlingsrechte gestärkt

Mit einem Grundsatzurteil hat das Bundesverwaltungsgericht die Rechte der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge gestärkt. Demnach muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) künftig eine bereits bestehende Abschiebungsandrohung gegenüber einem Asylbewerber aufheben, wenn ein Gericht die Rückführung wegen erheblicher konkreter Gefahr für Leib, Leben und Freiheit des Betroffenen untersagt hat. Damit wurde eine seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 strittige Frage geklärt.

**BVerwG, Urteil vom 11.09.2007, Az. 10 C 8.07**





# Zukunft braucht Gerechtigkeit

## 21. Ordentlicher Gewerkschaftstag 2007

501 Delegierte der IG Metall, darunter 17 Migrantinnen und Migranten, entschieden beim Gewerkschaftstag vom 4. bis 10. November in Leipzig über die politische Ausrichtung der IG Metall in den nächsten Jahren. Insgesamt entschieden die Delegierten über 544 Anträge und gaben damit dem neu gewählten Vorstand ein umfangreiches Aufgabenpaket mit.

Eine Reihe der Anträge beschäftigten sich mit dem Thema Migration. Hier standen vor allem Schule, Ausbildung und Qualifizierung sowie die rechtliche Gleichstellung und Integrationspolitik im Vordergrund. In seiner Grundsatzrede betonte Berthold Huber, neu gewählter erster Vorsitzen-

der der IG Metall: „Viele Kinder der ersten und zweiten Migrantengeneration finden heute weder Ausbildung noch Arbeit. Das sind die Kinder und Enkel unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen, die gemeinsam mit uns dieses Land aufgebaut haben, die in ihrer IG Metall Seite an Seite mit uns für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gestritten

haben! Wir sind es ihnen schuldig, dass wir ihren Kindern eine bessere Zukunft eröffnen. Wir brauchen eine vorwärts weisende Integrations- und Migrationspolitik, und keine Auslese beim Zuzug von Fachkräften!“ Diese Richtung greift auch der Beschluss des Antrages ‚Integration braucht Förderung, Chancengleichheit und Rechtsicherheit‘ auf. „Der Beschluss





Dies ist kein haltbarer Zustand“, so Nafiz Özbek.

Insgesamt haben ausländische Kolleginnen

stärkt das bisherige Vorgehen der IG Metall zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans. Die IG Metall wird weiterhin aktiv auf die Integrationspolitik der Bundesregierung einwirken und dafür Sorge tragen, den Nationalen Integrationsplan aktiv voranzutreiben“, erläutert Nafiz Özbek vom Ressort Migration beim IG Metall Vorstand. Dabei soll insbesondere die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten bei der gesellschaftlichen und politischen Willensbildung im Vordergrund stehen.

„Noch immer ist in Deutschland die Möglichkeit zur politischen Partizipation eingeschränkt. Das Wahlrecht ist gebunden an die Staatsangehörigkeit. Selbst wer seit Jahrzehnten in Deutschland lebt, kann die Politik des Landes nicht mitgestalten.

und Kollegen noch immer nicht die gleichen Chancen wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Ein wichtiges Aufgabenfeld ist daher - so der Beschluss der Delegierten -dafür zu sorgen, dass schulische, ausbildungs- und arbeitsmarktpolitische Integration von Migrantinnen und Migranten als umfassende Aufgabe anerkannt wird. Sie soll als Daueraufgabe gesehen werden – dazu sind sowohl die politischen als auch die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen.

In diese Richtung zielt auch die Forderung nach bildungspolitischen Maßnahmen, die die Bildungs- und Ausbildungsbenachteiligungen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund beseitigen. Denn das dreiglied-

rige Schulsystem führt dazu, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund benachteiligt werden. Der Bildungserfolg hängt nicht von den persönlichen Kompetenzen ab sondern wird durch die soziale Herkunft maßgeblich beeinflusst. Mit dazu bei trägt sicherlich auch, dass Lehrer und Lehrerinnen nur in seltenen Fällen eine Weiterbildung zur interkulturellen Kompetenz besitzen. Die IG Metall fordert deshalb beispielsweise die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und den Ausbau von Ganztagschulen. Stärker in das Blickfeld der gewerkschaftlichen Arbeit soll auch wieder das Thema Asyl gerückt werden. Immer weniger Menschen werden als Asylbewerber anerkannt.

Dies liegt vor allem an den hohen bürokratischen Hürden, die zunehmend verhindern, dass Menschen in Not Asyl erhalten. Letztlich anerkannt wurden 2006 nur 251 Personen. Gleichzeitig wird auf Abschreckung gesetzt und die Grenzen der EU immer stärker abgeschottet. Nach offiziellen Angaben beantragen im letzten Jahr 21.000 Personen Asyl in Deutschland - die niedrigste Anzahl seit 1983. Nicht nur im Asylrecht sondern im gesamten Zuwanderungsrecht werden die Möglichkeiten legal nach Deutschland einzuwandern immer weiter beschränkt. In der Folge dieser Politik steigt die Zahl der Personen, die ohne gültige Papiere in Deutschland leben und arbeiten. Es gilt hier wirksame Stra-





tegien zu entwickeln, die Situation zu entschärfen. Einen Themenschwerpunkt auf dem Gewerkschaftstag bildete das Thema Prekariisierung. Berthold Huber führte dazu aus: „Wir treten auch dafür ein, prekäre Arbeitsverhältnisse, vor allem die Leiharbeit, zu begrenzen und einzudämmen. Leiharbeiter dürfen nicht schlechter behandelt werden, als Stammbeschäftigten. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Leiharbeit immer weiter in Normalarbeitsplätze hineinfrisst. Das bedroht unsere Tarifverträge und langfristig uns alle! Wo Leiharbeit nicht verhindert werden kann, muss der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten. Dafür werden wir weiterhin eintreten, Betrieb für Betrieb.“

Das verstehen wir unter Solidarität!“ Auch das Thema Rechtsextremismus spiegelte sich in einer Vielzahl von Anträgen wider. Neben einem NPD-Verbot ging es vor allem um Aktivitäten gegen Rechts in den Betrieben. Als konkrete Idee wurde der ‚Ratsschlag gegen Rechts‘ ins Leben gerufen, der am 11. und 12. April 2008 in Bad Orb dem Meinungs- und Informationsaustauschen zwischen der aktiven Metallertinnen und Metallern dienen soll. Ziel ist es, die vielen örtlichen Aktivitäten und Erfahrungen mit der Arbeit in Bündnissen untereinander bekannt zu machen und so Synergieeffekte zu nutzen. Deutlich wurde auf dem Gewerkschaftstag, dass die Umsetzung des Aus-

länderförderungsprogramms auf der Tagesordnung bleibt. „Wir bereiten zur Zeit eine Bestandsaufnahme der interkulturellen Situation der IG Metall vor. Die interkulturelle Öffnung der IG Metall ist für uns ein wichtiges Thema. Gerade dass nur 17 Migrantinnen und Migranten unter den Delegierten zu finden sind, zeigt die Problematik auf: Zum einen muss die Anzahl der KollegInnen mit Migrationshintergrund in der IG Metall erhöht werden. Dazu gehört z. B. dass wie die Vorbereitung der Vertrauensleute und die Greinewahlen intensiv begleitet werden. Zum anderen brauchen wir verlässliche Zahlen - weg von der Staatsangehörigkeit als Unterscheidungskrite-

rium hin zum Migrationshintergrund. Nur so können wir die interkulturelle Öffnung auf eine solide Basis stellen,“ so Petra Wlecklik vom Ressort Migration beim IG Metall Vorstand. „Die Beschlüsse zeigen, dass die IG Metall das Thema als wichtige Querschnittsaufgabe sieht. Es gilt, die Integration zu stärken und dafür Sorge zu tragen, dass Chancengleichheit zur Normalität wird.“

**Alle Beschlüsse sowie Impressionen vom Stand des Ressorts Migration können im Extranet der IG Metall angesehen werden.**





## Zeitarbeit – (K)ein Weg zur Integration?!

*Mit 44.000 Mitarbeitern ist Randstad Deutschlands größte Zeitarbeitsfirma. Unter den Beschäftigten ist ein großer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Über die Situation der in den Entleihbetrieben von Randstad arbeitenden Migrantinnen und Migranten sprachen wir mit dem Betriebsratsvorsitzenden Klaus Depner.*

**IGMigration:** *Welchen Belastungen sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter mit Migrationshintergrund in den Entleihbetrieben ausgesetzt?*

Menschen mit Migrationshintergrund sind meiner Erfahrung nach den gleichen Belastungen ausgesetzt, wie Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer ohne Migrationshintergrund, wenn man an Faktoren wie körperliche Belastung oder die Anforderungen an Mobilität und Flexibilität denkt. Der Faktor, der für manche eine größere Belastung darstellt, ist die oft noch hohe Sprachbarriere. Sprache scheint mir der wichtigste Integrationsfaktor zu sein. Sprache ist notwendig um Arbeitsanweisungen zu verstehen und Gesprächen der Kolleginnen und Kollegen zu folgen oder an Gesprächen aktiv teilzunehmen, ohne Angst zu haben, außerhalb zu stehen.

**IGMigration:** *Und wie verläuft die betriebliche Integration dieser Menschen?*

Die Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil von Integration. Die Zeitarbeit hat meiner Meinung nach keine andere Auswirkung auf die Integration als die reguläre Beschäftigung. Wir haben auch eine große Anzahl von Kolleginnen und Kollegen, die eine gute Ausbildung im Ausland absolviert haben und gute Qualifikationen mitbringen. Ich denke, dass allen Menschen, die eine gute Ausbildung haben, die Integration leichter fällt. Für die Integration spielt der jeweilige Migrationshintergrund keine

Rolle, sondern die Qualifikation, Sprachkenntnisse sowie die Offenheit und das Verständnis für die Arbeitsweise in Deutschland.

**IGMigration:** *Mit welchen Problemen kommen Beschäftigte mit Migrationshintergrund meistens zum Betriebsrat von Randstad?*

Die Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund haben im Rahmen ihrer Tätigkeiten die gleichen Probleme, die diejenigen ohne Migrationshintergrund auch haben. Spezifische Probleme der Migrantinnen und Migranten hängen oft mit dem Umgang mit deutscher Verwaltung zusammen. Wir haben zwei Migrationsbeauftragte in unserem Gremium, die sich darum bemühen, diese Probleme zu lösen. Sie sind regelmäßig vor Ort in den Einsatzbetrieben und beraten die Kolleginnen und Kollegen auch bei ausländerrechtlichen Fragen.

**IGMigration:** *Wie sieht die Zusammenarbeit mit Betriebsräten in den Entleihfirmen aus?*

Wir als Betriebsräte bei Randstad pflegen sehr gute und enge Kontakte zu den Betriebsräten der Kundenunternehmen. Ziel der Zusammenarbeit ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer. Hierzu kommt auch das Thema Integration.

**IGMigration:** *Und wie wird die Integration dort gefördert?*

Wir haben bei Randstad eine Akademie, die das Ziel verfolgt, die Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer weiterzuqualifizieren. Ein Baustein wird in der Zukunft die „Sprachfitness“ sein. Das Angebot wird bald Sprachkurse beinhalten, an denen Kolleginnen und Kollegen, die über nicht ausreichende Deutschsprach-



*Klaus Depner, Betriebsratsvorsitzender  
Randstad Deutschland GmbH & Co. KG*

kenntnisse verfügen, teilnehmen können. Manchmal treten Konflikte bei der Zusammenarbeit auf, bei denen wir alleine nicht effektiv handeln können. Deswegen versuchen wir, gemeinsam mit Betriebsräten in den Kundenunternehmen, Lösungen zu finden. Wir besprechen auch mit den Verantwortlichen in Kundenunternehmen die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um solche Konflikte zu entschärfen, wie beispielsweise die Integrationsworkshops oder das Einbeziehen unserer Mitarbeiter in die Freizeitaktivitäten des Betriebs.

**IGMigration:** *Viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund sind nicht in Betriebsräten organisiert. Wie motivieren Sie diese Menschen, sich in die Betriebsräte aktiv einbringen?*

Der Organisationsgrad aller Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer ist eher gering. Es gibt hier keine messbaren Unterschiede zwischen dem Organisationsgrad von Kolleginnen und Kollegen mit und ohne Migrationshintergrund. Unser Gremium hat, wie gesagt, zwei Migrationsbeauftragte. Diese klären auf, auch vor Betriebsratswahlen, um vorhandenen sprachlichen Barrieren entgegen zu wirken. Wir sprechen unsere Kolleginnen und Kollegen direkt an, auch in Sprechstunden. Darüber hinaus sind die Betriebsräte von Randstad interkulturell aufgestellt. Viele Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund sind in unseren Betriebsräten vertreten. Unser Unternehmen spiegelt sich in unseren Betriebsräten wider. Das zeigt, dass wir großes Interesse daran haben, dass jede und jeder die Möglichkeit bekommt, an diesen demokratischen Gremien teilzuhaben und sich aktiv einzubringen.

**IGMigration:** *Wie gut stehen eigentlich die Chancen über Leiharbeit den Einstieg in eine dauerhafte Beschäftigung zu finden?*

Die Chancen auf eine Übernahme in ein Arbeitsverhältnis beim Kundenunternehmen hängen auch stark von Ausbildung und/oder Qualifikation ab. Bei Randstad haben wir zur Zeit eine Quote von ca. 30 Prozent Übernahme durch die Kundenunternehmen, sprich unsere Kunden.

**IGMigration:** *Inwieweit können Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Aussichten auf dauerhafte Beschäftigung verbessern?*

Weiterbildung und Qualifizierung sichern immer Arbeitsplätze. Weiterbildung und Qualifizierung sind gerade im Hinblick auf eine berufliche Fort- und Weiterentwicklung unverzichtbar. Natürlich ist eine gute Ausbildung keine Garantie auf einen lebenslangen Arbeitsplatz in einem Unternehmen, aber je besser die Ausbildung und Fähigkeiten sind, desto größer die Chance auf einen qualifizierten Arbeitsplatz.



## Neue Beschäftigungsprogramme



Zum 1. Oktober 2007 wurden zwei neue Beschäftigungsprogramme eingeführt. So soll für langzeitarbeitslose, erwerbsfähige Hilfebefürftige mit besonderen Vermittlungshemmnissen eine neue Arbeitgeberförderung eingeführt werden. Außerdem sollen junge Arbeitslose, die mindestens seit sechs Monaten arbeitslos gemeldet sind, von einem so genannten Eingliederungszuschuss profitieren.

Mehr: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1524/Content/DE/Artikel/2007/09/2007-09-28-gesetzliche-neuregelungen-oktober.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1524/Content/DE/Artikel/2007/09/2007-09-28-gesetzliche-neuregelungen-oktober.html)

## Hoteliers gegen rechts

In Sachsen-Anhalt hat eine große Zahl von Wirten und Hotelbesitzern Rechtsextreme zu unerwünschten Gästen erklärt. Ca. 1000 Gastronomen beteiligen sich lt. Angaben des Hotel- und Gaststättenverbandes an einer neuen Aktion „Rechtsextreme raus“. So sollte an NPD-Politiker kein Hotelzimmer oder keine Tagungsräume mehr vermietet werden. Vorbild ist die Aktion eines Dresdner Hotelchefs.

## Aussiedlerjugendliche betroffen



Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) veröffentlichte den Zwischenbericht über das Projekt „Inklusionsstrategien für junge Aussiedler im Übergang Schule-Beruf“, das sich mit den Lebenslagen von Aussiedlerjugendlichen beschäftigt. Demnach sind Aussiedlerjugendliche im Übergang von der Schule ins Berufsleben in besonderem Maße von dauerhafter Ausgrenzung von Erwerbsarbeit betroffen. Die beiden größten Zuwanderergruppen unter den Hauptschülern, die jungen Aussiedler und die Jugendlichen türkischer Herkunft, unterscheiden sich laut DJI in ihren Plänen und Motiven. Die jungen Aussiedler würden überproportional häufig den Einstieg in Ausbildung unmittelbar nach Ende der Pflichtschulzeit anstreben. Allerdings gelinge dies nur relativ selten. Sehr viel häufiger müsse auf die meist ungeliebte Alternative „Berufsvorbereitung“ ausgewichen werden.

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=459>

## Migration positiv für Region

Den Auswirkungen des Zuzugs von Hochqualifizierten zu einer Region geht der IAB Kurzbericht 12/2007 nach. Demnach ist die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. Es zeigte sich, dass von der kulturellen Vielfalt eine positive Wirkung auf die Vergabe von Patenten ausgeht: Regionen, die sich durch Beschäftigte mit vielfältigen kulturellen Hintergründen auszeichnen, sind laut IAB erfolgreicher bei der Entwicklung neuer Produkte als andere Gebiete. Dabei ist die Qualifikation der Arbeitskräfte allerdings für die Wirkung dieser Vielfalt nicht unerheblich, so der Bericht. Die stärksten Effekte auf das Innovationsergebnis zeigen sich bei Hochqualifizierten.

[www.iab.de](http://www.iab.de) - Rubrik Publikationen/IAB Kurzberichte

## BAMF mit neuer Internetplattform

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat einen neuen Internetauftritt zum Thema Integration kreiert. Dort gibt es allgemeine Informationen zum Thema Integration, Hilfe und Ansprechpartner für Zuwanderer sowie Fachinformationen für Akteure der Integrationsarbeit.

[www.integration-in-deutschland.de](http://www.integration-in-deutschland.de)

## Mehrsprachigkeit in Europa



Zum Europäischen Tag der Sprachen hat die Europäische Kommission einen Bericht über die Mehrsprachigkeit in den Mitgliedsländern vorgelegt. Demnach hat sich

die Situation in fast allen Ländern der EU, vor allem bei den Jüngeren, verbessert. In den Sekundarstufen werden verstärkt zwei Fremdsprachen angeboten. Allerdings - so der zuständige EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit Leonard Orban - gebe es noch Defizite beim Sprachunterricht für Erwachsene. Zudem solle der Fremdsprachenunterricht auf sämtliche Bildungswege ausgedehnt und das Sprachangebot erweitert werden.

[www.migration-online.de/sprachenbericht\\_kommission](http://www.migration-online.de/sprachenbericht_kommission)

## Interkulturelle Feste



Was verbirgt sich eigentlich hinter Chanukka? Wer feiert Homowo und wem widmet sich Tano, das Fest der Doppel-Fünf? Auf der Internetseite [www.feste-der-religionen.de](http://www.feste-der-religionen.de) kann man sich über verschiedene Religionen und deren Feiertage und Ge-

denktage informieren. Mit einem Festkalender können für jeden Monat die Feiertage angesehen werden.

[www.feste-der-religionen.de](http://www.feste-der-religionen.de)

## Schattenberichte zu Rassismus



26 länderspezifische Schattenberichte hat ENAR, ein Netzwerk von europäischen Nichtregierungsorganisationen zur Verhinderung von Rassismus in allen EU Mitgliedsstaaten, herausgegeben. Kritisiert wird der eingegrenzte Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutsch-

land. So sind in Deutschland noch doppelt so viele Ausländer wie deutsche Staatsangehörige arbeitslos.

[www.enar-eu.org](http://www.enar-eu.org)

## Soziale Gerechtigkeit bei Neonazis?

Immer wieder treten Neonazis mit scheinbar sozialpolitischen Parolen auf. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird da beispielsweise gefordert. Doch was steckt wirklich hinter diesen Forderungen? Sind die Neonazis wirklich an einer gerechten Sozialpolitik interessiert? Der neue Flyer der IG Metall „Argumente gegen soziale Demagogie von Rechtsextremen“ hinterfragt einige der gängigen Parolen von Neonazis. Außerdem werden Tipps zum Umgang mit rechten Demagogen gegeben.

Die Flyer können bei den Verwaltungsstellen bestellt werden.



## Deine Meinung zählt - schreib uns,

was du zu sagen hast! Zu einem der hier behandelten Themen oder zu einer Sache, die dir unter den Nägeln brennt. Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** – per E-mail: [ig-migration@igmetall.de](mailto:ig-migration@igmetall.de)

oder mit der Post an:

IG Metall Vorstand, Ressort Migration

Wilhelm-Leuschner-Str. 79

60329 Frankfurt am Main

## Mitglied werden – so geht's:

### Beitrittserklärung Änderungsmitteilung

Name		Vorname	
Straße/Hausnummer			
Postleitzahl/Wohnort			
Telefon		Geburtsdatum	
E-Mail			
Betrieb: Name und Ort			
<input type="radio"/> z. Zt. vollbeschäftigt	<input type="radio"/> teilzeitbeschäftigt	<input type="radio"/> männlich	<input type="radio"/> weiblich
<input type="radio"/> Auszubildende/r bis voraussichtlich: _____			
<input type="radio"/> gewerbl. Arbeitnehmer/in	<input type="radio"/> Angestellte/r	<input type="radio"/> kaufm.	<input type="radio"/> techn.
<input type="radio"/> Meister			
Nationalität		Änderung des bisherigen Status	
Mitgliedsbeitrag (1% des monatl. Bruttovollentstes)		ab Monat	
geworben durch (Name und Betrieb)			

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/ Vertrauensleuten, der IG Metall-Verwaltungsstelle, oder schicken an: IG Metall-Vorstand, FB Kommunikation und Medien, Ressort Werbung, 60329 Frankfurt/Main

Mitgliedsnummer	Verwaltungsstelle
Einzugsermächtigung/Bankverbindung	
Kto.Nr.	Bankleitzahl
Name des Kreditinstituts	
in PLZ	Ort
<p><small>Ich bestätige die erfassten Daten über meine Person sowie den Grund (Übergang) für die Eintragung dieser Daten. Ich bin hiermit darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet. Sie für den Beitragsbeitrag nötigen Daten werden zwischen der IG Metall und dem Geschäftspartner – bei Lohnzahlung mit dem Arbeitgeber – ausgetauscht (übermittelt). Die Verwaltungsstelle informiert mich auf Wunsch über alle gespeicherten Daten. Hiermit ermächtige ich wiederum die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttovollentstes bei Fälligkeit einzuziehen. (Diese Ermächtigung erstreckt sich im Rahmen der von dem Ortsvorstand der IG Metall festgelegten Kassierungsart (§ 5 Ziff. 5 Satz 3 der Satzung) sowohl auf den Abfall von meinem Bankkonto, als auch auf den Einbehalt des Betrags durch meinen Arbeitgeber in der jeweiligen Höhe. Dies schließt die Weitergabe der entsprechenden Daten an die IG Metall ein. Dieser Auftrag kann nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende bei der Verwaltungsstelle der IG Metall rückgängig gemacht werden. Alle Änderungen oder Unstimmigkeiten, die sich aus diesem Auftrag ergeben, kann ich nur bei der Verwaltungsstelle der IG Metall melden. Die vorstehenden Daten werden zum Zweck der Mitgliederbetreuung von der IG Metall erhoben und unter Beachtung des BDSG verarbeitet. Weitere Empfänger dieser Daten sind die Service-Center der IG Metall. Dem vorstehenden Hinweis zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.</small></p>	
Datum und Unterschrift	

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG-Metall Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören.

Informationen im Internet:  
[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)  
per Telefon: 069/6693-2578  
per E-Mail: [mitglieder@igmetall.de](mailto:mitglieder@igmetall.de)



zu guter letzt...

## Gleiches Recht für Alle — *Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige*

Schweden und Griechen in Deutschland dürfen es, Norweger und Türken nicht: Bürgermeister und Stadträte wählen. Was sich zunächst willkürlich anhört, liegt in der EU-Mitgliedschaft begründet. EU-Bürger in Deutschland dürfen bereits seit fünfzehn Jahren an Kommunalwahlen teilnehmen, Nicht-EU-Ausländer haben dieses Recht nicht. Deshalb unterstützen die Gewerkschaften das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige.

„Es kann nicht sein, dass Drittstaatsangehörige, die seit Jahrzehnten hier leben, ungleich behandelt werden“, erklärte Nafiz Özbek vom Ressort Migration beim IG Metall Vorstand. „Im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes kann nun schon seit 35 Jahren auf gute Erfahrungen der Beteiligung in den Betrieben geblickt werden. Damals wurde die Integration ausländischer

Arbeitnehmender gestärkt und zu einer allgemeinen Aufgabe des Betriebsrates erklärt. Seitdem gibt es auf betrieblicher Ebene die Möglichkeit der Beteiligung an den Mitbestimmungsgremien. „Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es um so wichtiger, Partizipationsmöglichkeiten auch im Wohn- und Le-



bensumfeld in den Kommunen zu schaffen“, so Nafiz Özbek. Während in anderen EU-Ländern wie Schweden oder Irland auch Drittstaatsangehörige ein kommunales Wahlrecht nutzen können, ist ihnen diese Möglichkeit in Deutschland bisher ver-

wehrt. „Wer Integration will und sie auch fördern möchte, muss die Grundlage für gleiche Rechte schaffen. Es kann doch nicht sein, dass mein Pass entscheidend ist, ob ich mich in einer Kommune engagieren und beteiligen kann. Jemand, der schon seit Jahren hier lebt und vielleicht sogar hier geboren ist, identifiziert sich mit seiner Stadt und möchte sich an der politischen Gestaltung beteiligen“, gibt Nafiz Özbek zu Bedenken. „Wir fordern gleiche Rechte für alle. Und dazu gehört, dass Drittstaatsangehörige die Möglichkeit haben, Politik auf kommunaler Ebene zu gestalten.“